Amtliche Bekanntmachungen

der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

INHALT	SEITE
SATZUNG Düsseldorf Institute for Philosophy of Public Affairs (IPPA) der Philosophischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (HHU) vom 7.01.2020	2
Verfahrenshinweis	9

SATZUNG
DÜSSELDORF INSTITUTE FOR
PHILOSOPHY OF PUBLIC AFFAIRS (IPPA)
DER PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT DER HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT
DÜSSELDORF (HHU) VOM 7.01.2020

§ 1

Name und Rechtsstellung des Instituts

Das Düsseldorf Institute for Philosophy of Public Affairs (IPPA) ist eine wissenschaftliche Einrichtung der Philosophischen Fakultät der HHU.

§ 2

Aufgaben

- (1) Primäres Ziel des IPPA ist es, die Philosophie politischen und wirtschaftlichen Handelns unter Einbeziehung aller relevanter Perspektiven aus der praktischen und theoretischen Philosophie in Forschung, Lehre und der praktischen Anwendung zu fördern.
- (2) Zu den Aufgaben des IPPA gehören insbesondere:
 - (a) im Bereich der Forschung: Erforschung und Entwicklung von philosophischen Grundlagen deskriptiver und normativer Modelle politischen und wirtschaftlichen Handelns und deren Publikation in nationalen und internationalen Zeitschriften,
 - (b) im Bereich der Lehre: Integration von Forschungsergebnissen verschiedener philosophischer Subdisziplinen und angrenzender Disziplinen in den interdisziplinären Studiengang „Philosophy, Politics and Economics“ und in verwandte Studiengänge der Fakultät,
 - (c) die Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen der Philosophischen Fakultät, anderer Fakultäten und Universitäten sowie Unternehmen, politischen Einrichtungen und Behörden in Hinblick auf die Erforschung und Beurteilung politischen und wirtschaftlichen Handelns,
 - (d) der Austausch über Grundlagen und Ziele politischen und wirtschaftlichen Handelns und deren Beurteilung mit Bürgerinnen und Bürgern,
 - (e) die Einwerbung von Beiträgen und Spenden zur nachhaltigen Finanzierung des Instituts und seiner Erweiterung und
 - (f) die Zusammenarbeit mit anderen Bildungseinrichtungen (z.B. Schulen und Einrichtungen politischer Bildung), um die Reflexion von Handlungen zu unterstützen und Verantwortungsbewusstsein zu bilden.

§ 3

Mitglieder

- (1) Mitglieder des Instituts können sein:
 - (a) Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, die am IPPA forschen,
 - (b) wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die am IPPA forschen,

- (c) Doktorandinnen und Doktoranden, die im Rahmen des IPPA an ihrer Dissertation arbeiten,
- (d) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung des IPPA,
- (e) Studentische und Wissenschaftliche Hilfskräfte des IPPA.

(2) Für die konstituierende Sitzung der Mitgliederversammlung werden zunächst die in der Anlage 1 genannten Gründungsmitglieder durch Beschluss des Fakultätsrates zu Mitgliedern bestimmt. Sie wählen auf der konstituierenden Sitzung einen Vorstand.

(3) Der Vorstand entscheidet auf der Grundlage von Abs. 1 über die Aufnahme von Mitgliedern und die Beendigung von Mitgliedschaften.

§ 4

Mitgliederversammlung

(1) Die Mitglieder des IPPA treffen sich mindestens alle zwei Jahre zu einer Mitgliederversammlung. Der Termin für die Mitgliederversammlung ist den Mitgliedern mindestens zwei Wochen im Voraus in Textform unter Beifügung der Tagesordnung mitzuteilen.

(2) Die Aufgabe der Mitgliederversammlung ist die Wahl und Abwahl des Vorstands.

(3) Beschlüsse in der Mitgliederversammlung werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Briefwahl oder elektronische Stimmabgabe sind möglich, sofern die Anonymität der Stimmabgabe gewahrt bleibt. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn nach ordnungsgemäßer Ladung mindestens die Hälfte aller stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist bzw. ihre Stimme abgegeben hat. Für die Wahl der stimmberechtigten Vorstandsmitglieder gilt im Übrigen der § 6 Abs. 4 dieser Satzung.

§ 5

Organe

Organe des IPPA sind

- (1) der Vorstand,
- (2) die Direktorin / der Direktor
- (3) die Mitgliederversammlung.

§ 6

Vorstand

(1) Der Vorstand leitet das Institut. Er wird auf der Mitgliederversammlung für eine Amtszeit von zwei Jahren gewählt. Stimmberechtigte Vorstandsmitglieder müssen Mitglieder der HHU sein.

(2) Dem Vorstand gehören als stimmberechtigte Mitglieder an:

- (a) vier Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer;
- (b) zwei Vertreterinnen oder Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter;

- (c) eine Vertreterin oder ein Vertreter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung sowie
- (d) eine Vertreterin oder ein Vertreter aus der Gruppe der wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräfte.

(3) Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer des Instituts gehört dem Vorstand als beratendes Mitglied ohne Stimmrecht an.

(4) Die Mitglieder des Vorstands gemäß Abs. 2 werden in der Mitgliederversammlung von ihren jeweiligen Gruppen gewählt. Die jeweiligen Beschlüsse können nur gefasst werden, wenn nach ordnungsgemäßer Ladung mindestens die Hälfte der Mitglieder der jeweiligen Gruppe anwesend ist bzw. ihre Stimme abgegeben hat. Es ist auf eine geschlechtsparitätische Repräsentanz gemäß § 11 b) HG NW zu achten.

(5) Daneben können von der gesamten Mitgliederversammlung bis zu drei beratende Mitglieder ohne Stimmrecht in den Vorstand gewählt werden.

(6) Der Vorstand ist verantwortlich für alle Angelegenheiten des IPPA, sofern in dieser Satzung nichts anderes geregelt ist. Insbesondere trägt er für folgende Aufgaben Verantwortung:

- (a) Fortentwicklung des wissenschaftlichen Programms,
- (b) Vorschläge zur Änderung der Satzung,
- (c) Entscheidung über die Aufnahme und den Ausschluss von Mitgliedern, Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern, Fellows und Beiratsmitgliedern,
- (d) Entscheidung über die Auswahl wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung,
- (e) Überprüfung der sachgerechten Verwendung der Mittel,
- (f) Berichterstattung gegenüber dem Dekan.

(7) Der Vorstand wählt aus der Mitte seiner stimmberechtigten Mitglieder eine Professorin oder einen Professor für eine Amtszeit von zwei Jahren eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden sowie eine Vertreterin oder einen Vertreter. Die Vorsitzende oder der Vorsitzende führt die Bezeichnung Direktorin oder Direktor. Wiederwahl ist grundsätzlich zulässig.

(8) Der Vorstand trifft sich mindestens zweimal im Jahr zu einer Vorstandssitzung. Der Termin ist den Mitgliedern mindestens zwei Wochen im Voraus in Textform unter Beifügung der Tagesordnung mitzuteilen. An den Vorstandssitzungen können auf Einladung die Mitglieder des Beirats sowie weitere Personen mit beratender Stimme teilnehmen.

(9) Beschlüsse des Vorstandes werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Im Falle der Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der Direktorin oder des Direktors. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.

(10) Der Vorstand kann Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen auch per E-Mail im Umlaufverfahren fassen, wobei mindestens eine Woche Zeit für Antworten eingeräumt werden muss.

(11) Über Sitzungen des Vorstands wird ein Ergebnisprotokoll angefertigt, das allen Vorstandsmitgliedern spätestens vier Wochen nach der entsprechenden Sitzung zugänglich gemacht wird. Das Protokoll gilt als angenommen, wenn ihm nicht innerhalb von 14 Tagen nach Zugang widersprochen wird.

§ 7

Direktorin/Direktor

- (1) Die Direktorin/der Direktor ist dem Vorstand gegenüber auskunfts- und rechenschaftspflichtig.
- (2) Zu den Aufgaben der Direktorin/des Direktors gehören insbesondere:
 - (a) die Vertretung des IPPA innerhalb der Universität und seine Repräsentation nach außen,
 - (b) die Kontrolle des Gesamtfortschritts des IPPA,
 - (c) Initiativen für die Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Programms und die Durchführung wissenschaftlicher Projekte,
 - (d) Koordination der Forschung, der Lehre, der internen und externen Kommunikation und des Wissenstransfers,
 - (e) Überwachung der Mittelverwendung des Instituts und Entscheidungen über anzuschaffende Ausstattung,
 - (f) Entscheidungen über die Auswahl Studentischer und Wissenschaftlicher Hilfskräfte,
 - (g) die Einberufung und Leitung von Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen,
 - (h) die Erarbeitung von Vorschlägen für die Aufnahme und den Ausschluss von Mitgliedern, Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern, Fellows und Beiratsmitgliedern,
 - (i) die Kontaktpflege mit potentiellen und aktuellen Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern, Fellows und Beiratsmitgliedern,
 - (j) Vorbereitung der jährlichen Berichterstattung gegenüber dem Dekan und Berichterstattung gegenüber dem Beirat.
- (3) Die Direktorin/der Direktor wird durch eine Geschäftsführerin oder einen Geschäftsführer und die Geschäftsstelle unterstützt.

§ 8

Geschäftsführerin/Geschäftsführer und Geschäftsstelle

- (1) Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer wird im Einvernehmen mit dem Vorstand durch die Direktorin oder den Direktor bestellt. Diese oder dieser führt die laufenden Geschäfte des Instituts unbeschadet der Zuständigkeit der Direktorin oder des Direktors. Insbesondere beteiligt sie oder er sich an der Koordination der wissenschaftlichen Projekte am Institut, der Lehre, der internen und externen Kommunikation und des Wissenstransfers.

(2) Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer leitet die Geschäftsstelle des IPPA.

§ 9

Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner

Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner des IPPA können Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Institutionen werden, die gemeinsam mit Mitgliedern an Zielen des Instituts arbeiten. Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner können weiterhin Personen und Institutionen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft werden, die im Rahmen eines Praxisnetzwerks oder gemeinsamer Praxisprojekte kontinuierlich mit dem Institut zusammenarbeiten.

§ 10

Fellows

Fellows des IPPA können gastweise am Institut tätige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sein, deren Zusammenarbeit mit dem IPPA zeitlich befristet ist.

§ 11

Beirat

(1) Das IPPA wird von einem Beirat unterstützt und beraten, dem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus angrenzenden Disziplinen angehören, die sich mit den philosophischen Grundlagen politischen und wirtschaftlichen Handelns befassen.

(2) Der Beirat soll die Tätigkeiten am IPPA und den Wissenstransfer in die gesellschaftliche Praxis mit Vorschlägen und Initiativen begleiten und evaluieren. Die erste Evaluation soll nach 24 Monaten erfolgen, weitere Evaluationen im Turnus von 36 Monaten.

(3) Die Mitglieder des Beirats werden vom Vorstand für jeweils drei Jahre gewählt.

(4) Der Beirat soll mindestens einmal im Jahr tagen. Die Direktorin oder der Direktor lädt unter Angabe einer vorläufigen Tagesordnung die Beiratsmitglieder und nach Bedarf weitere Sachverständige ein.

(5) Der Beirat wird von der Direktorin oder dem Direktor regelmäßig über die Tätigkeit des IPPA unterrichtet.

§ 12

Satzungsänderungen

Der Vorstand kann Änderungen der Satzung vorschlagen. Für eine Beschlussfassung ist eine 2/3 Mehrheit der Mitgliederversammlung erforderlich.

§ 14

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund der Beschlüsse des Fakultätsrates der Philosophischen Fakultät vom 03.12.2019.

Düsseldorf, der 7.01.2020

Die Rektorin
der Heinrich-Heine-Universität
Düsseldorf

Anja Steinbeck
(Univ.-Prof. Dr. iur.)

Anlage 1: Gründungsmitglieder

Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer:

Prof. Dr. Frank Dietrich (Philosophie)
Prof. Dr. Susanne Hahn (Philosophie)
Prof. Dr. Simone Dietz (Philosophie)
Prof. Dr. Markus Schrenk (Philosophie)
Prof. Dr. Gottfried Vosgerau (Philosophie)
Prof. Dr. Ulf Tranow (Soziologie)

Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern:

Dr. Amrei Bahr
Julian Pöhling
Adis Selimi
Nicolas Lindner
René Baston
Laura Wackers
Dr. Joachim Wündisch

Gruppe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung:

Dr. Eva Kellner

Gruppe der wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräfte:

Julia Mirkin
Jonathan Seim

Verfahrenshinweis

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzes oder des Ordnungs- oder des sonstigen autonomen Rechts der Hochschule gegen eine Ordnung der Hochschule nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

1. die Ordnung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
2. das Rektorat hat den Beschluss des die Ordnung beschließenden Gremiums vorher beanstandet,
3. der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Hochschule vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, oder
4. bei der öffentlichen Bekanntmachung der Ordnung ist auf die Rechtsfolge des Rügeausschlusses nicht hingewiesen worden. Die aufsichtsrechtlichen Befugnisse nach § 76 HG bleiben unberührt.